dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 44 **23. November 2016**

aktuell

Informationsdienst des dbb

Inhalt

Forderung nach Stellenaufstockung im öffentlichen Dienst bekräftigt +++
dbb Branchentag: Sicherheit auf Fernstraßen ist in Gefahr +++
Nationaler IT-Gipfel: Beschäftigte in Verwaltungen an Digitalisierung beteiligen +++
Höhere Qualität in der Kindertagesbetreuung: Lob für Bund-Länder-Initiative +++
dbb Vize Silberbach: Rechte von Kindern ausbauen +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften
Sachsen-Anhalt: Finanzausschuss des Landtages winkt Besoldungsgesetz durch +++
Neue BSBD-Bundesleitung will mehr Einheitlichkeit im Strafvollzug +++
DPolG begrüßt Urteil zum Ausgleich von Bereitschaftsdiensten +++
VBE unterstützt Initiative für härtere Strafen bei Angriffen gegen Amtsträger +++
BDZ-Chef Dewes diskutiert Zoll-Themen mit Bundeswirtschaftsminister Gabriel +++
VBOB kritisiert Statusbericht zum Berlin/Bonn-Gesetz +++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Forderung nach Stellenaufstockung im öffentlichen Dienst bekräftigt

(dbb) Vor dem Hintergrund neuer Zahlen zum erschreckenden Personalmangel im öffentlichen Dienst hat der Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt die seit langem erhobene Forderung des dbb nach spürbaren Stellenzuwächsen bekräftigt.

„Die klaffende Personallücke bekommen die Bürgerinnen und Bürger inzwischen an allen Ecken des öffentlichen Dienstes zu spüren. Denn den massiven Kürzungen der vergangenen Jahre sind zwar kleinere Aufstockungen gefolgt. Diese reichen aber bei weitem nicht aus, um etwa bei der Polizei, in der Finanzverwaltung, im Schulbereich oder in den Kommunalverwaltungen auch langfristig alle anstehenden Aufgaben zu erfüllen und Dienstleistungen in der erforderlichen und von den Menschen gewünschten Qualität zu garantieren“, sagte Dauderstädt am 16. November 2016 in Berlin. Der dbb hatte bereits zu Jahresbeginn 2016 unter Bezug auf Befragungen seiner über 40 Mitgliedsgewerkschaften darauf hingewiesen, dass dem Staat insgesamt mehr als 200.000 Mitarbeiter fehlen. „Wir erkennen an, dass erste Maßnahmen ergriffen worden sind, um die Situation zu entspannen. Aber unser Appell, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die trotz der enormen Belastungen eine großartige Arbeit leisten, mit diesem Problem nicht länger allein zu lassen, hat bislang leider kein ausreichendes Echo gefunden. Hier darf nicht länger gekleckert, es muss geklotzt werden“, so der dbb Chef.
Aus einer Tag veröffentlichten Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) geht hervor, dass dem öffentlichen Dienst 110.000 Stellen fehlen. Hinzu kommen demnach nochmals 115.000 Stellen, die jedes Jahr aus Altersgründen neu besetzt werden müssen. Nach den Berechnungen des Finanzexperten Dr. Dieter Vesper fehlen dem Staat vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Finanzverwaltung, Polizei und Bildung Mitarbeiter. Trotz Personalaufstockungen seit 2008 seien die Folgen der langjährigen Schrumpfkur längst nicht überwunden: Für den Zeitraum zwischen 2002 und 2015 sei ein Minus von 4,8 Prozent zu verzeichnen. Besonders drastisch sei der Personalabbau auf Bundesebene, wo es 2005 noch 531.000 Stellen gab, 2015 aber nur noch 468.000 – ein Rückgang um fast zwölf Prozent.
(01/44/16)

dbb Branchentag: Sicherheit auf Fernstraßen ist in Gefahr

(dbb) „Die Sicherheit auf Bundestraßen und Autobahnen wird von der Politik mutwillig gefährdet. Fehlende Investitionen in das Personal und die Infrastruktur erschweren den reibungslosen Betrieb immer mehr. Das Gerede über mögliche Privatisierung schafft zusätzlich Probleme“, sagte der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb Willi Russ beim dbb Branchentag der Straßenwärter am 22. November 2016 im niedersächsischen Langenhagen.

Bereits heute würden in vielen Straßen- und Autobahnmeistereien wie im gesamten Straßenwesen händeringend Fachkräfte vom Straßenwärter über den Techniker bis zum Ingenieur gesucht, erklärte Russ. Durch das fehlende Personal steige die Belastung bei den vorhandenen Beschäftigten, was wiederum zu höheren krankheitsbedingten Ausfallzeiten führe. „Das ist ein Teufelskreis, der nur mit höheren Investitionen durchbrochen werden kann. Sowohl in Material und Arbeitsgerät, aber vor allem in anständige Gehälter. Das ist bei diesem harten Job, der nicht nur anstrengend, sondern auch gefährlich ist, einfach nur fair. Der Beruf des Straßenwärters ist immerhin 13 Mal gefährlicher als vergleichbare Berufe in der Privatwirtschaft“, so Russ. Diese Botschaft hätten ihm die beim Branchentag versammelten Straßenwärter für die im Januar 2017 beginnenden Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) mit auf den Weg gegeben. Neben fehlenden Investitionen in das Personal drohen aber auch strukturelle Probleme. Darauf machte Siegfried Damm, Bundesvorsitzender der VDStra.- Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, aufmerksam. Die geplante Übertragung der Verantwortung für die Fernstraßen von den Ländern auf eine neue Infrastrukturgesellschaft des Bundes habe zu großer Verunsicherung geführt. „Das ist in mehrfacher Hinsicht schwierig: Die Beschäftigten machen sich Sorgen um ihre Zukunft und potenzielle Bewerber werden abgeschreckt“, stellte Damm klar. Hier werde ohne

Not in ein funktionierendes System eingegriffen. Auch Privatisierungen, die den Steuerzahler langfristig erwiesener Maßen teuer kämen, stünden immer noch im Raum. „Im Interesse der Beschäftigten und nicht zuletzt der Bürgerinnen und Bürger, die auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen sind, muss hier ganz schnell Klarheit für alle Beteiligten geschaffen werden“, forderte der VDStra.-Chef.
(02/44/16)

Nationaler IT-Gipfel: Beschäftigte in Verwaltungen an Digitalisierung beteiligen

(dbb) Die Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen müssen angemessen an allen Prozessen im Zusammenhang mit der Digitalisierung beteiligt werden. Das hat der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb Hans-Ulrich Benra am 17. November 2016 auf dem Nationalen IT-Gipfel in Saarbrücken deutlich gemacht.

„Nur, wenn die Mitarbeiter mitgestalten können und dafür auch entsprechend qualifiziert werden, sind die dringend notwendigen Fortschritte bei der Digitalisierung der Verwaltung zu erreichen“, so Benra. Zudem müssten die Beschäftigungsbedingungen an die neuen Erfordernisse angepasst und ein moderner Gesundheitsschutz nicht nur angestrebt, sondern gesichert werden. „Modernisierung 4.0 mit Beteiligung 1.0 – das kann nicht gelingen“, verdeutlichte der dbb Vize die Haltung des gewerkschaftlichen Dachverbandes. „Das lässt die notwendige Wertschätzung vermissen und fördert weder Akzeptanz noch Engagement der Beschäftigten für die Verwaltungsmodernisierung.“
Dem dbb, so Benra weiter, gehe es um die Akzeptanz von eGovernment bei Bürgern und Beschäftigten gleichermaßen. „Wer Systeme an den Menschen vorbei plant, ihre berechtigten Bedürfnisse nicht ernst nimmt, wird scheitern.“ Maßstab der Umsetzung von Digitalisierungsprozessen solle nicht das technisch Machbare oder die größtmögliche Rationalisierung sein, „sondern der konkrete Nutzen für die Nutzer – oder anders gesagt: für die Menschen vor und hinter den Bildschirmen“.
Der 10. Nationale IT-Gipfel in Saarbrücken (16./17. November) stand unter dem Motto „Lernen und Handeln in der digitalen Welt“. Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft wollten dazu Projekte anstoßen. Auf einem Panel ging es um das Thema „Digitale Verwaltung: Vernetzt und innovativ“. Schwerpunktthemen im Programm waren auch „Innovativer Staat / Sicherheit, Schutz und Vertrauen“ sowie „Digitale Arbeitswelt“
(03/44/16)

Höhere Qualität in der Kindertagesbetreuung: Lob für Bund-Länder-Initiative

(dbb) Bund und Länder wollen eine gemeinsame Qualitätsoffensive in der Kindertagesbetreuung starten. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach lobte die Initiative am 16. November 2016: „Es ist höchste Zeit, dass Bund und Länder die Kommunen stärker finanziell unterstützen. Davon müssen insbesondere auch die Erzieherinnen und Erzieher profitieren.“

Der wachsende Bedarf an zusätzlichen Betreuungsplätzen sei in der Vergangenheit zu Lasten der Beschäftigten gegangen. „Die Arbeitsbelastung ist stetig gestiegen, ohne dass die Gehälter der Kolleginnen und Kollegen ausreichend angepasst wurden. Das hat dazu geführt, dass die Arbeitsbedingungen nicht zur gesellschaftlichen Bedeutung des Berufsfeldes passen“, sagte Silberbach. „Folgerichtig gibt es natürlich Probleme bei der Fachkräftegewinnung, die für höhere Qualitätsstandards aber unerlässlich ist.“ Daher sei es überfällig, dass mehr Mittel investiert würden. Dass der Bund von 2017 bis 2020 etwa 1,7 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben wolle und die Kosten insgesamt fairer auf Bund, Länder und Kommunen verteilt werden sollen, sei in diesem Sinne ein erster wichtiger Schritt. Bis zum Frühjahr 2017 sollen laut Bund-Länder-Beschluss zudem Eckpunkte für ein Qualitätsentwicklungsgesetz erarbeitet werden.
(04/44/16)

dbb Vize Silberbach: Rechte von Kindern ausbauen

(dbb) „Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte um den Ausbau und den Schutz von Kinderrechten“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 21. November 2016. Die Forderung von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, die Rechte von Kindern im Grundgesetz festzuschreiben, sei dafür ein wichtiger Beitrag.

„Gerade in Zeiten wie diesen, wo staatliche Einrichtungen – gerade vor Ort in den Kommunen – vermehrt mit den unterschiedlichsten kulturellen, religiösen und ideologischen Vorstellungen von Eltern konfrontiert werden, muss klar sein: Der Schutz und die Rechte von Kindern sind nicht verhandelbar und stehen immer an erster Stelle“, so Silberbach. Die Kinderrechtskonvention sei an dieser Stelle eindeutig: Parlamente, Verwaltungen und Gerichte müssten die Interessen von Kindern und Jugendlichen im Zweifel vorrangig berücksichtigen.

Ob es dafür tatsächlich eine Grundgesetzänderung brauche, sei nachrangig. „Wichtig ist, dass wir schon mit der Debatte darüber ein starkes Signal senden. Noch wichtiger ist, dass wir den Grundgedanken in der Praxis mit Leben füllen“, erklärte Silberbach. „Wer es ernst meint mit den Kinderrechten, der muss vor allem für Chancengleichheit sorgen. Das bedeutet: Wir brauchen die Voraussetzungen für quantitativ und qualitativ sehr gute Bildung, auch im frühkindlichen Alter.“
(05/44/16)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen-Anhalt: Finanzausschuss des Landtages winkt Besoldungsgesetz durch

(dbb) Der dbb sachsen-anhalt hat sich enttäuscht über die Entscheidung des Finanzausschusses im Landtag gezeigt, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Herstellung einer verfassungskonformen Besoldung durchzuwinken. „Das Gesetz ist im Hinblick auf die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zur amtsangemessenen Alimentation auf Kante genäht und macht die Beamtenbesoldung für die Zukunft nicht wettbewerbsfähig“, sagte der dbb Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck am 15. November 2016 im Gespräch mit der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU-Landtagsfraktion. Ein Erfolg sei aber, dass die Kostendämpfungspauschale und der Besoldungseinbehalt in der Heilfürsorge ab 2017 gestrichen werden sollen.

Enttäuscht seien die Beamtinnen und Beamten, dass die CDU ihr Wahlversprechen, die Sonderzahlung noch in 2016 wieder einzuführen, nicht eingehalten habe. Diese sei nun erst für 2017 geplant und außerdem in der Höhe für den dbb sachsen-anhalt nicht akzeptabel, da Beamte damit schlechter gestellt würde als Tarifbeschäftigte.

Ladebeck forderte von den CDU-Finanzpolitikern außerdem eine Verlängerung der Tarifverträge zur Teilzeit und Altersteilzeit, eine aufgabenadäquate Personalausstattung in der Landesverwaltung und einen behördlichen Rechtsschutz im Zusammenhang mit der sogenannten Reichsbürgerbewegung.
(06/44/16)

Neue BSBD-Bundesleitung will mehr Einheitlichkeit im Strafvollzug

(dbb) Der 39. Gewerkschaftstag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD), der am 17. und 18. November 2016 in Rostock stattfand, hat eine neue Führungsspitze gewählt. Neuer Bundesvorsitzender ist René Müller. Die wichtigsten gewerkschaftspolitischen Themen seien „die Beseitigung der bundesweiten Personalengpässe im Bereich Justizvollzug, die Gleichstellung bei der Besoldung der Länder inklusive Zulagen für die Bediensteten im Justizvollzug und die Aufhebung der zunehmenden Schlechterstellung von Tarifbeschäftigten“, sagte Müller.

Es solle verstärkt auf eine bundeseinheitliche Verfahrensweise in Bezug auf Vollzugsgesetze und im Tarif- und Besoldungsbereich gepocht werden: „Das Auseinanderdriften der Bundesländer in gesetzlichen Regelungen zur Behandlung von Gefangenen sowie bei der Entlohnung der Bediensteten muss ein Ende haben. Dafür werden wir uns auch weiterhin stark machen."
Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt würdigte auf dem Gewerkschaftstag den BSBD als „wichtiges und geschätztes Mitglied im dbb". Wettbewerbsfähigkeit der Berufe und Chancen der Nachwuchsgewinnung auch im Bereich des Strafvollzugs hingen von akzeptablen Arbeitsbedingungen ab, machte Dauderstädt – nicht zuletzt mit Blick auf die kommende Einkommensrunde - deutlich.
Mit Erschrecken sei eine „Zunahme von Gewalt an allen Ecken" zu registrieren, so der dbb Chef. „Natürlich geht es um den Schutz der Bürger. Aber auch diejenigen verdienen Schutz, die die Gesellschaft schützen. Und es geht auch um mehr Wertschätzung für die Menschen, die sich solchem Dienst im Staat widmen, und darum, sie nicht pauschal zu verurteilen, wenn einmal etwas schiefläuft."
(07/44/16)

DPolG begrüßt Urteil zum Ausgleich von Bereitschaftsdiensten

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) hat das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 17. November 2016 begrüßt, nach dem Bereitschaftsdienst als volle Dienstzeit anzusehen und die geleistete Mehrarbeit im Verhältnis „1 zu 1" durch Freizeit auszugleichen ist. Laut des DPolG Bundesvorsitzenden Rainer Wendt hätten die Richter damit die besonderen Belastungen durch solche Dienste zutreffend gewürdigt: „Es wäre schlicht ungerecht, geleistete Bereitschaftsdienste hinsichtlich des Freizeitausgleichs anders als Volldienst zu behandeln, wenn der Bereitschaftsdienst in Form persönlicher Anwesenheit am Arbeitsplatz geleistet wird und der Beamte jederzeit dem Dienstherrn zur Verfügung stehen muss."

Ziel des Freizeitausgleichs sei nicht nur, eine Regeneration der Kräfte des Beamten zu ermöglichen. Er diene vor allem dem Zweck, die Einhaltung der regelmäßigen Arbeitszeit im Gesamtergebnis zu gewährleisten. Dieser Zweck gelte gleichermaßen für den Ausgleich von Volldienst als auch von Bereitschaftsdienst, weil auch im letzteren Falle der Beamte gerade nicht im häuslichen Bereich oder sonst selbst gewähltem Ort seine Zeit frei gestalten und seinen individuellen Interessen nachgehen könne.
Nach Ansicht der DPolG sind die Dienstherrn in Bund und Ländern jetzt in der Pflicht, einen Freizeitausgleich beziehungsweise – auf Antrag – einen finanziellen Ausgleich zu gewähren oder die geleistete Arbeitszeit so genannten Langzeitarbeitskonten gutzuschreiben, von denen die Betroffenen zu einem späteren Zeitpunkt profitieren können.
(08/44/16)

VBE unterstützt Initiative für härtere Strafen bei Angriffen gegen Amtsträger

(dbb) Der Verband Bildung und Erziehung unterstützt eine Bundesratsinitiative der nordrhein-westfälischen Landesregierung für härtere Strafen bei Angriffen gegen Amtsträger. „Die Politik hat das Alarmsignal gehört", sagte der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann am 16. November 2016 vor dem Hintergrund der jüngsten VBE-Umfrage zum Thema. Danach gaben über die Hälfte der befragten Lehrkräfte an, dass es an ihrer Schule in den letzten fünf Jahren Fälle gab, in denen Kolleginnen und Kollegen direkt bedroht, beschimpft, beleidigt, gemobbt oder belästigt wurden.

Die NRW-Initiative will erreichen, dass Angriffe gegen Amtsträger, also etwa Polizisten und Lehrkräfte, künftig „deutlich strafverschärfend" von Gerichten geahndet werden können. Dazu soll das Strafgesetzbuch erweitert werden, damit schon Beleidigungen und Bedrohungen konsequent verfolgt werden können.
Darüber hinaus fordert der VBE etwa eine verpflichtende, öffentliche Dokumentation von derartigen Vorfällen sowie eine bessere Unterstützung von Betroffenen durch den jeweiligen Dienstherrn. Diese und weitere Forderungen bekräftigte Beckmann auf der VBE-Bundesver-

sammlung am 17. November 2016 in Dortmund, wo er auch für drei weitere Jahre in seinem Amt bestätigt wurde. Der Landesvorsitzende des VBE in NRW ist bereits seit März 2009 gleichzeitig Bundesvorsitzender.
(10/44/16)

BDZ-Chef Dewes diskutiert Zoll-Themen mit Bundeswirtschaftsminister Gabriel

(dbb) Der Bundesvorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) Dieter Dewes hat am 14. November 2016 mit dem Bundeswirtschaftsminister und SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel über wichtige Themen für die Zoll-Beschäftigten diskutiert.

Dabei ging es unter anderem um die Planstellensituation in der Zollverwaltung. Dewes stellte hier insbesondere die Probleme bei der Erreichung des Spitzenamtes im mittleren Dienst dar und sprach sich in diesem Zusammenhang dafür aus, die Planstellenobergrenze auf 50 Prozent zu erhöhen. Wichtig sei zudem eine stärkere Durchlässigkeit zwischen den Laufbahnen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes, um die Berufserfahrung und Leistungen der Beschäftigten angemessen zu honorieren. Außerdem solle den Belastungen im Zollvollzugsdienst aus Sicht des BDZ angemessen Rechnung getragen werden, indem die Polizeizulage angehoben und dynamisiert sowie deren Ruhegehaltfähigkeit wieder eingeführt werde.
Weiterhin setzte sich Dewes für eine Verbesserung der derzeit fast in allen Bereichen der Zollverwaltung angespannten Personalsituation ein. Um eine Verbesserung zu erreichen, sei es allerdings zwingend erforderlich, neben der Personalzuführung auch die Probleme der Liegenschaften zu lösen, um die Ausbildungskapazität deutlich zu verbessern.
(11/44/16)

VBOB kritisiert Statusbericht zum Berlin/Bonn-Gesetz

(dbb) Der Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) hat den Entwurfs des Statusberichtes zum Berlin/Bonn-Gesetz kritisiert, weil dabei auf eine ausreichende Beteiligung der Beschäftigten verzichtet worden sei. „Der VBOB hatte frühzeitig in Gesprächen mit dem Arbeitsstab Berlin/Bonn darauf hingewiesen, dass eine Befragung nur der Abteilungs- und Unterabteilungsleitungen nicht repräsentativ und hinreichend valide ist“, heißt es in einem Beschluss des VBOB-Bundeshauptvorstandes vom 19. November 2016.

Bei gerade einmal 175 Antworten könnten keine Aussagen für etwa 19.700 Beschäftigte der Bundesministerien getroffen werden. Bewertungen auf der Grundlage der Online-Befragung seien aus dem Bericht herauszunehmen, da sie aufgrund einer fehlender Basis nicht belastbar seien. „Wir fordern die Mitglieder des Bundeskabinetts auf, den Bericht zur Prüfung an das BMUB (Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Anm. d. Red.) mit dem Ziel einer repräsentativeren Befragungsbasis zurückzuverweisen“, heißt es in der Erklärung weiter.

Im Berlin/Bonn-Gesetz sind unter anderem einerseits der Umzug von Parlament und Teilen der Regierung von Bonn nach Berlin sowie andererseits der Umzug von Bundesbehörden und anderer Bundeseinrichtungen in die Bundesstadt Bonn geregelt. Es ist eine Folge des „Hauptstadtbeschlusses“ von 1991, in dem Berlin auch zum Regierungssitz bestimmt wurde.
(12/44/16)

Namen und Nachrichten

(dbb) **Sandra Kothe** hat als Vorsitzende der dbb jugend die jungen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf der Abschlusstagung der Demografie-AG „Jugend gestaltet Zukunft“ vom 17. bis 18. November 2016 in Zingst vertreten. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich im Rahmen der großangelegten Demografie-Strategie der Bundesregierung mit den Bedürfnissen und Zukunftswünschen der Jugend befasst. „Wir haben viele gute Ideen, zum Beispiel zu Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten, dem Generationendialog oder auch zur Jugendpartizipation entwickelt, die im Einzelnen anlässlich des Demografiegipfels der Bundesregierung im kommenden März vorgestellt werden“, sagte Kothe.

Der dbb hamburg warnt vor einem erhöhten Personalbedarf durch eine Gesetzesänderung beim Unterhaltsvorschuss. Kommt ein Elternteil seinen Verpflichtungen nicht nach, kann ein Antrag auf Unterhaltsvorschuss beim Jugendamt gestellt werden. Bisher galt das bis zum zwölften Lebensjahr des Kindes, ab Anfang 2017 soll es bis zum 18. möglich sein. Außerdem soll die Höchstbezugsdauer von 72 Monaten entfallen. „Da rollt eine Antragslawine auf die Bezirksämter zu. Bundesweit wird mit einem zusätzlichen Volumen von 300.000 Anträgen gerechnet“, warnt der Vorsitzende des dbb hamburg **Rudolf Klüver** in der Bergedorfer Zeitung, (Ausgabe vom 16. November 2016). Für die Hansestadt Hamburg erwarte er 10.000 Neu-und Wiederantragsfälle. Zur Bewältigung benötigen die Jugendämter der sieben Bezirke zusätzlich 30 Beschäftigte, rechnet Klüver.

Die **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer** (GDL) hat am 17. November 2016 die Tarifverhandlungen mit der Deutschen Bahn (DB) unterbrochen. Das Angebot des Arbeitgebers sei unzureichend und wesentliche Forderungen der GDL erneut nicht Gegenstand der Gespräche gewesen. Trotzdem wolle die GDL auf dem Verhandlungsweg zu einem Ergebnis kommen. Deshalb erwarte man beim nächsten Termin am 28. November 2016 ein deutlich verbessertes Angebot.

Als „hausgemachtes Problem“ hat die **DPVKOM** den Personalmangel bei der Deutschen Post bezeichnet. In einem am 23. November 2016 im Bonner General-Anzeiger veröffentlichten Artikel zu den Personalnöten im Bereich der Zustellung wies die DPVKOM unter anderem auf die körperlich anstrengende Arbeit der Zusteller und den viel zu hohen Krankenstand im Unternehmen hin, der durch fehlendes Personal kaum noch aufgefangen werden könne. Außerdem sei die Anzahl der Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen viel zu hoch. Die Post brauche „deutlich mehr Zusteller, die unbefristet eingestellt werden“.

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) **Heinz-Peter Meidinger** hat am 17. November 2016 mit Blick auf die bildungsnahen Themen des Nationalen IT-Gipfels in Saarbrücken kritisiert, dass keine Vertreter von Lehrerorganisationen eingeladen waren. Wer meine, ohne die Betroffenen und „über deren Köpfe hinweg auf IT-Gipfeln das Thema voranbringen zu können, der irrt gewaltig.“ Dabei sei der DPhV bereit, sich konstruktiv an der Diskussion zu beteiligen. Meidinger kritisierte außerdem, wie der Begriff „digitale Bildung“ auf dem Gipfel verwendet wurde: „Digitale Bildung gibt es nicht, genauso wenig wie es analoge Bildung gibt. Es geht um Bildung im Kontext der Digitalisierung, also um die Frage, welche Herausforderungen sich für Bildung und Schulen durch die Digitalisierung ergeben.“ Zudem würden mit dem Begriff verschieden Themenfelder vermischt. „Bildung im Kontext der Digitalisierung umfasst die Frage der Mediennutzung, der kritischen Medienkompetenz und die Informatik als Fach, in dem Programmierkenntnisse vermittelt werden“, so der DPhV-Chef.
(13/44/16)

Kommende Termine:

Europäischer Abend
Die Armee der Zukunft – Nationale oder europäische Aufgabe?
12. Dezember 2016, Berlin

Forderungsverkündung
Einkommensrunde 2017 für den öffentlichen Dienst der Länder
14. Dezember 2016, Berlin

dbb Jahrestagung 2017
Europa – Quo vadis?
8. bis 10. Januar 2017, Köln

Mehr Termine und Hintergrundinformationen unter: http://www.dbb.de/presse/termine.html